

Lichtenstein-Callberger Tageblatt

früher Wochen- und Nachrichtenblatt

zugleich

Tageblatt für Hohndorf, Födlitz, Bernsdorf, Küssdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Mendörfel, Erdmannsdorf Rülken St. Nicolaus Jacob, Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermülten, Kutschnappel und Tirschheim.

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein.

älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk.

Nr. 59.

Berensprech-Anschluss:
Nr. 7.

54. Jahrgang.
Sonnabend, den 12. März

Telegrammadresse:
Tageblatt. 1904.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) nachmittags für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 50 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Brückenerstraße 397, alle Kaiserlichen Postämtern, Postboten, sowie die Ansträger entgegen. Inserate werden die fünfgepaltene Korpusgröße oder deren Raum mit 10 Pfennigen berechnet. — Annahme der Inserate täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. — Im „amtlichen Teil“ wird die zweispaltige Zeile oder deren Raum mit 30 Pfennigen berechnet. Für answärtige Inserenten kostet die fünfgepaltene Zeile 15 Pfennige.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

Von unserm Berliner parlamentarischen Berichterstatter.

Berlin, 10. März 1904.

Die dritte Beratung der Vorlage über die Rechtsstellung des herzoglich-holsteinischen Fürstenhauses, die der Verhandlung über den Reichsmilitäretat vorausging, veranlasste eine recht interessante Debatte. Der Abg. Stadthagen (Soz.) trug hierzu den Hauptteil bei. Mit möglichster Breite behandelte er die Vorfälle privater und teilweise recht pikanter Natur, die wohl in der Hauptsache die Regierung zur Einbringung der Vorlage veranlasst haben und die allerdings in den weitesten Kreisen der Abgeordneten die Empfindung wachriefen, daß für das Gesetz der unrichtigste Zeitpunkt gewählt worden ist. Bekanntlich ist der Herzog von Holstein-Augustenburg in die unangenehmsten Prozesse verwickelt und das Haus erteilt der Vorlage auch nur unter der Voraussetzung seine Zustimmung, daß sie den schwebenden Rechtsstreit unberührt läßt. Der Abg. Jessen (Däne), der seiner vorzüglichen Redeweise wegen zu den gern gehörten Mitgliedern des Hauses gehört, ließ bei dieser für ihn so günstigen Gelegenheit eine längere geschwollene Rede gegen die preussische Annektionspolitik von 1864 und 1866 vom Stoppel und protestierte dagegen, daß die holsteinischen Herzöge irgendetwas von der Bevölkerung der meeresumflossenen Provinzen als angekommene Landesväter verehrt würden; Sympathien hätte man dort höchstens für dänische Art und Sitte und für das dänische Königshaus. Abg. v. Normann, der neben dem Redner des Centrums, Abg. Kirch, für die Vorlage eintrat, gab dem Pastor Jessen den Rat, mit seinen Anschauungen dem deutschen Reichstag fern zu bleiben und diese in seinem geliebten Dänemark zu vertreten suchen solle.

Alsdann trat das Haus in die Beratung des Reichsmilitäretats ein und als erster Redner kam der bayrische Militärbevollmächtigte, General von Endres auf die Tribüne, um einzig und allein gegen den Abg. Dr. Müller-Weinigen zu polemisieren wegen dessen Äußerung, die bayrischen Offiziere hätten eine größere Bildung wie die preussischen und darauf sei auch die niedrigere Zahl der Soldatenmishandlungen zurückzuführen. Da General v. Endres die Rede des Abg. Müller-Weinigen nicht gehört hatte und seine Angriffe nur auf Zeitungsberichte aufbaute, die anscheinend tendenziös gefärbt waren, so kam er natürlich zu falschen Schlussfolgerungen und zu einer persönlichen Vereiztheit, die ein recht peinliches Aufsehen erregte. Man begriff es nicht recht, wie der geistvolle und gerecht urteilende General in einen so unschönen Ton verfallen konnte und unwillkürlich stellte man Vergleiche an zwischen seiner Rede am Dienstag und der von heute. Es bedurfte nicht erst des geharnischten Protestes des Präsidenten der württembergischen Kammer, des Abg. Bayer (südd. Vp.), um zu der Ansicht zu gelangen, daß die Endres'schen Ausführungen eine ungerechte Provokation enthielten, die besser unterblieben wäre. Aus dem Verhalten des mit dem eisernen Kreuze geschmückten bayrischen Generals bei der Rede des Abg. Bayer schien aber hervorzugehen, daß er seine Äußerungen rektifizieren wird und in diesem Falle wird sein recht gutes Renommee sicher keinen Schaden erleiden.

Ueber dieser Kontroverse sind nun noch die heftigen Zusammenstöße der bürgerlichen Redner mit der Sozialdemokratie bemerkenswert. Festiger als je zuvor waren die Ausbrüche und Angriffe, die sich beide Teile gegenseitig entgegenschleuderten. Zu einem vollendeten Sozialistenbetämpler scheint es vor allem der Abg. Lehmann (nl.), der Nachfolger Wasser-manns, gebracht zu haben. In seiner Polemik war er recht geschickt und bei den Mehrheitsparteien ent-

fechtete er wahre Beifallsstürme. Zu seinen Angriffen gab ihm vornehmlich die Rede des Abg. Meist (Soz.) Veranlassung, die natürlich auch wieder in hohem Maße an den üblichen Liebertreibungen litt. Kriegsminister v. Einem wiederholte seine Dezember-Außerungen über die Soldatenschänder und versprach energische Befolgung. Abg. Gröber (C.) sprach sich gegen die Forderung einer strengen Abndung der Mißhandlungen. Abg. v. Staudy (konf.) trat lebhaft für die Vermehrung und Besserstellung des Unteroffizierkorps ein und sagte sehr richtig, daß man sich mit der äußersten Linken viel zu viel beschäftige. Erst in vorgeschickter Stunde erreichte die Sitzung ihr Ende.

Die Aufhebung des Paragraph 2 des Jesuitengesetzes.

Der Bundesrat hat, nachdem er früher wiederholt den entsprechenden Antrag des Reichstages abgelehnt hatte, nun doch der Aufhebung des § 2 des sogenannten Jesuitengesetzes, der den Mitgliedern des Jesuitenordens die dauernde Niederlassung im Deutschen Reich verbot, zugestimmt und die verbündeten deutschen Regierungen haben eine unter Umständen recht folgenschwere Entscheidung getroffen. Zwar halten wir den Pessimismus, der in vielen Zeitungen und vielen aufgereagten Gemütern schon einen Jesuitenfurore in der Regierung Deutschlands erblüht, für eine totale Liebertreibung, denn es ist nicht anzunehmen, daß die Regierungen der einzelnen deutschen Bundesstaaten mit ihrer Zustimmung zur Aufhebung des Jesuitengesetzes nun auch ihre Billigung etwaiger jesuitischer Umtriebe ausgesprochen haben, zu dem finden wir in den Verfassungen und Gesetzen aller Deutschen Bundesstaaten Bestimmungen gegenüber etwaigen Liebergriffen kirchlicher Orden. Bekanntlich haben sogar Staaten mit überwiegender katholischer Bevölkerung zuweilen ihre Jesuitenparagrafen gehabt, und besitzen sie zum Teil noch. Es kann also nicht ohne weiteres zugegeben werden, daß die Aufhebung des § 2 des sogenannten Jesuitengesetzes große Gefahren für die kirchliche, politische und geistige Entwicklung in sich schließt. Das deutsche Volk mag auch die Tatsache recht würdigen, daß die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes in durchaus verfassungsmäßiger und parlamentarischer Weise stattgefunden hat, indem bekanntlich schon lange Zeit vorher der deutsche Reichstag mit großer Mehrheit dem Antrage der Zentrums-partei auf Aufhebung dieses Gesetzesparagrafen zugestimmt hat. Von einem großen Fehler könnte man bei dieser Aufhebung eines vorbeugenden Gesetzes doch wohl erst dann reden, wenn die Befürchtungen hinsichtlich der den kirchlichen Frieden gefährdenden Tätigkeit der Mitglieder des Ordens Jesu wirklich eintreten würden. Aber in dieser Hinsicht haben sich wohl die Anschauungen sehr geändert, und im übrigen gilt in Deutschland die Glaubens- und Gewissensfreiheit und zwar nicht nur für die Ungläubigen, sondern auch für die Gläubigen. Um nach allen Seiten hin gerecht zu sein, muß auch zugestanden werden, daß sich die parlamentarische Lage im deutschen Reichstage schon seit fast zwei Jahrzehnten gewaltig geändert hat, und daß aus der starken oppositionellen Zentrums-partei wenn auch keine dominierende Regierungspartei so doch eine jetzt unentbehrliche und einflußreiche Mitregierungspartei geworden ist. Die Mehrzahl der Regierungsvorlagen konnten ja nur mit Zustimmung der Zentrums-partei zum Gesetz werden. Auch gilt es, die anwachsende Sozialdemokratie in Schach zu halten, dies ist bei der Stärke der sozialdemokratischen Partei aber nur dann möglich, wenn die Zentrums-partei mit den Konservativen und einem Teile der Liberalen zusammenhält. — Der Schlüssel zur Aufhebung des Jesuitengesetzes ist also die regierungsfreundliche Haltung der Zentrums-partei, ohne deren Mitwirkung gegenüber der radikalen

Opposition im deutschen Reichstage nichts auszurichten ist. Zudem sind die alten Kampfesstellungen im deutschen Reichstage zwischen den alten Parteien durch die längst erfolgte Revision der Kirchengesetze und infolge des mächtigen Aufschwunges der Sozialdemokratie doch schon lange ein überwundener Standpunkt, deshalb sollte man auch das Vangemachen vor den Jesuiten nicht gelten lassen, auch wenn das Jesuitengesetz gefallen ist.

Der russisch-japanische Krieg.

„Immer hübsch langsam vor!“ Das ist nun auch die Devise der Japaner, aber nicht weil sie wollen, sondern weil sie müssen. Eis, Schnee, Sturm sind eben Kräfte, die auch dem japanischen Generalstabe einen Strich durch die Rechnung machen können. Japan hatte es gar zu eilig mit der Kriegserklärung, mit der Erhaschung eines ersten Erfolges und wer weiß, ob sich dies nicht noch bitter rächt. Das Bombardement Wladivostoks war nur eine Pulververschwendung und wenn es vielleicht auch einerseits aus dem Grunde erfolgt ist, um zu erkunden, ob das Wladivostokgeschwader wieder im Hafen sei resp. eine Landung japanischer Truppen auch an der Ostküste Koreas nicht behindern zu lassen, so scheint andererseits doch auch die Absicht bestanden zu haben, einen neuen Erfolg zu haben, um mit diesem das japanische Parlament mürbe zu machen, die Forderung der japanischen Regierung betr. die Verdoppelung der Reichseinkommensteuer durchzudrücken, um vielleicht auch die Verhandlungen mit den amerikanischen Finanzleuten zu rascherem Abschluß zu bringen. So ein Krieg, der nun schon die Annahme der japanischen Kriegspartei, wie einst die der französischen vor 70, daß es sich nur um eine militärische Spazierfahrt handele, sehr widerlegt hat, kostet eben viel Geld und der Geldbeutel Japans befindet sich auch schon im letzten Stadium der Schwindsucht. Die Urheber des Krieges tragen sich daher auch schon hinter den Ohren, zumal die Aussicht besteht, daß es zu einer großen Landeschlacht erst im April kommen dürfte und nur auch allmählich die Verluste der japanischen Flotte bekannt geworden sind, daß danach auch die Japaner die blauen Bohnen zu kosten bekommen haben, daß die Russen gar nicht so schlechte Schützen gewesen sind. Russland scheint es gar nicht so eilig zu haben, denn der zum Kommandierenden ernannte Kriegsminister Kuropatkin soll erst am 12. März nach dem Kriegsschauplatz abdampfen. Ein regeres Interesse bekundet Rußland wegen seiner europäischen Geschwader. Die Verwendung des baltischen Geschwaders im fernem Osten hängt von den Kohlenstationen ab und um es von diesen frei zu machen, soll Rußland bereits mit einer amerikanischen Firma in Verbindung getreten sein, die einen Apparat liefert, der es ermöglicht, daß Kriegsschiffe selbst auf hoher See von den begleitenden Kohlen Schiffen Kohlen übernehmen können. Auch das Schwarze Meer-Geschwader soll zur Verwendung gelangen. Da es aber in einem Mauseloche sitzt, vor dem der Türke hockt und der Engländer herumgondelt, so ist ein plötzlicher Durchbruch durch die Dardanellen eine recht heikle Sache, vielleicht sieht einen solchen aber weder der Türke noch der Engländer.

Vom Kriegsschauplatz liegen folgende Nachrichten vor.

London, 10. März. „Daily Express“ meldet aus Washington, das Staatsdepartement habe von dem Kommandanten der „Selena“, welche in Tschifu stationiert ist, die Nachricht erhalten, daß die Japaner in die Mandchurei eingedrungen seien.

Petersburg, 11. März. Admiral Algejew meldet vom 10. März morgens, daß 14 japanische Kriegsschiffe Port Arthur bombardierten.

Wächterverein
nächsten Sonn-
en 13. und 14.

Ausstellung
nierung und
herrlichen, neu-
haus (Wasser-
liebhaber der
werden.
Komitee.
nziert,
elle.
findet

E. C.

enken

ahren,

Ohringe,
w. in Gold,
bitte um

engeschäft,

Lichtenstein-
Hauptstr.
Kaufmännischer

Schweine

uft
St. Waldien.

potheke

-Callenberg
Käutergerölbe
schäftlages

-Lager

Erinnerung.

erklärungen

in der
Tageblattes.

Sie nicht

der Belge,
der 20. 21.

otten

kaufen wirk-
en die Wotten
der

um Kreuz,

ezmann.

erwohnung

ertes Zimmer
Markt 10.

e uns aus
cht worden
Bank.

rüner.

nteilnahme
n Heimge-
sikers

rock,

nk. Beson-
a Callberg
Begräbnis-
gegangen
wir aber
gespendeten
arn, Freun-
hmuck und

Nord-

Lippold

SLUB

Wir führen Wissen.